Stand: 19.11.2025 12:51:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5643

"Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union; Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschaftsund Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:
Optimale Nutzung der im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen Flexibilität COM(2015) 12
final BR-Drs. 19/15"

Vorgangsverlauf:

- 1. Europaangelegenheit (Drucksache) 17/5643 vom 10.03.2015
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/8810 des HA vom 27.10.2015
- 3. Beschluss des Plenums 17/8999 vom 12.11.2015
- 4. Plenarprotokoll Nr. 57 vom 12.11.2015



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

10.03.2015 Drucksache 17/5643

Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:

Optimale Nutzung der im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen Flexibilität COM(2015) 12 final BR-Drs. 19/15

Verfahren gemäß § 83c BayLTGeschO

- Der Ausschuss hat im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags gegenüber der Staatsregierung und/oder der Europäischen Union erforderlich ist.
- Der Ausschuss hat einstimmig beschlossen, das Vorhaben zur weiteren Beratung gemäß § 83c Abs. 1 BayLTGeschO an den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzen zu überweisen.

Begründung:

Die Mitteilung befasst sich mit Planungen der EU-Kommission, die grundsätzliche haushaltspolitische Auswirkungen haben und somit nach dem Ergebnis der Vorprüfung auch landespolitisch von Bedeutung sind.

Konkret geht es insbesondere um folgende Problembereiche:

- Fortsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und wachstumsfördernden Strukturreformen für ein nachhaltiges Wachstum in Europa;
- Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch verschiedene von der EU-Kommission geplante Flexibilisierungen;
- Verknüpfung der von der EU-Kommission geplanten Investitionsoffensive für Europa mit einer Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts;
- Schwächung des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch Anwendung der sog. "Investitionsklausel" unabhängig von der im gesamten Euroraum bzw. in der gesamten EU herrschenden Wirtschaftslage;
- weitreichende Berücksichtigung von Strukturreformen (Strukturreformklausel);
- Sicherstellung von verstärkten Anpassungsanstrengungen in Zeiten sehr guter wirtschaftlicher Entwicklung bei der Konjunkturlage;
- Beschädigung der Glaubwürdigkeit des Stabilitätsund Wachstumspakts durch die von der Kommission empfohlene Fristverlängerung für Frankreich zur Reduzierung des Defizits auf unter 3 Prozent des BIP;
- Kritik der EU-Kommission am Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands im Rahmen des Verfahrens bei makroökonomischen Ungleichgewichten.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

27.10.2015 Drucksache 17/8810

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Drs. 17/5643

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union:

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:

Optimale Nutzung der im Stabilitäts- und Wachs-

Optimale Nutzung der im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen Flexibilität COM(2015) 12 final BR-Drs. 19/15

I. Beschlussempfehlung:

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen und um Berücksichtigung der Bedenken im weiteren Verfahren gebeten

- Der Bayerische Landtag hält die konsequente Fortsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und wachstumsfördernden Strukturreformen für unerlässlich. Um Europa auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzuführen, ist eine konsequente Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts unabdingbar.
- Der Bayerische Landtag bekräftigt, dass die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts auch in Zukunft strikt einzuhalten sind. Die von der EU-Kommission geplanten Flexibilisierungen in Bezug auf Investitionen, Strukturreformen und die Konjunkturlage lassen in der Gesamtschau allerdings eine erhebliche Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts erkennen. Dadurch wird die Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Euroraums insgesamt beschädigt.
- 3. Der Bayerische Landtag bedauert, dass die EU-Kommission die Investitionsoffensive für

Europa mit einer Aufweichung des Stabilitätsund Wachstumspaktes verknüpft. Die EU-Kommission hat angekündigt, dass nationale Beteiligungen am Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) in der präventiven und der korrektiven Komponenten des Stabilitäts- und Wachstumspakts außer Betracht bleiben. Die weitreichende Lockerung des Stabilitäts- und Wachstumspakts in Bezug auf nationale Kofinanzierungen für durch den EFSI begünstigte bzw. von der EU kofinanzierte Projekte ist abzulehnen.

- 4. Anders als bisher wird die EU-Kommission die sog. "Investitionsklausel" unabhängig von der im gesamten Euroraum bzw. in der gesamten EU herrschenden Wirtschaftslage anwenden. Damit werden die Möglichkeiten, Investitionen mildernd im Stabilitäts- und Wachstumspakt zu berücksichtigen deutlich ausgeweitet. Der Bayerische Landtag sieht darin die Gefahr einer erheblichen Schwächung des Stabilitätsund Wachstumspakts.
- 5. Der Bayerische Landtag sieht die weitreichende Berücksichtigung von Strukturreformen (Strukturreformklausel) in der von der EU-Kommission geplanten Form sehr kritisch, vor allem soweit bereits die Ankündigung von Strukturreformen ausreichend sein soll.
- 6. Der Bayerische Landtag ist der Auffassung, dass die vorgenommenen Präzisierungen hinsichtlich der Konjunkturlage überarbeitet werden müssen. Dabei ist sicherzustellen, dass in Zeiten sehr guter wirtschaftlicher Entwicklung nochmals verstärkte Anpassungsanstrengungen unternommen werden.
- 7. Der Bayerische Landtag hält zudem die von der Kommission am 25.02.2015 empfohlene Fristverlängerung für Frankreich zur Reduzierung seines Defizits auf unter 3 % des BIP um weitere zwei Jahre für ein falsches Signal. Dadurch wird die Glaubwürdigkeit des gerade erst reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts erheblich beschädigt. Mangelnde Reformbereitschaft darf nicht noch belohnt werden. Frankreich muss nun konsequent seinen Haushalt konsolidieren und dringend Strukturreformen umsetzen. Die EU-Kommission ist aufgerufen, den weiteren Kurs Frankreichs streng zu überwachen und Verstöße zu sanktionieren.

 Der Bayerische Landtag weist auch die von der EU-Kommission am 25.02.2015 im Rahmen des Verfahrens bei makroökonomischen Ungleichgewichten geäußerte Kritik am Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands zurück. Der Überschuss ist Ausdruck der starken Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Berichterstatter: Ernst Weidenbusch Mitberichterstatter: Volkmar Halbleib

II. Bericht:

 Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat das Verfahren am 14. Juli 2015 in seiner 78. Sitzung federführend beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung SPD: Ablehnung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Ablehnung

in der in I. genannten Weise entschieden.

 Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Verfahren am 27. Oktober 2015 in seiner 32. Sitzung endberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung SPD: Ablehnung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden

Ausschusses zugestimmt

Peter Winter Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

12.11.2015 Drucksache 17/8999

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:

Optimale Nutzung der im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen Flexibilität COM(2015) 12 final

BR-Drs. 19/15

Drs. 17/5643, 17/8810

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen und es wird um Berücksichtigung der Bedenken im weiteren Verfahren gebeten:

- Der Bayerische Landtag hält die konsequente Fortsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und wachstumsfördernden Strukturreformen für unerlässlich. Um Europa auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzuführen, ist eine konsequente Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts unabdingbar.
- 2. Der Bayerische Landtag bekräftigt, dass die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts auch in Zukunft strikt einzuhalten sind. Die von der EU-Kommission geplanten Flexibilisierungen in Bezug auf Investitionen, Strukturreformen und die Konjunkturlage lassen in der Gesamtschau allerdings eine erhebliche Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts erkennen. Dadurch wird die Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Euroraums insgesamt beschädigt.

- 3. Der Bayerische Landtag bedauert, dass die EU-Kommission die Investitionsoffensive für Europa mit einer Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verknüpft. Die EU-Kommission hat angekündigt, dass nationale Beteiligungen am Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) in den präventiven und der korrektiven Komponenten des Stabilitäts- und Wachstumspakts außer Betracht bleiben. Die weitreichende Lockerung des Stabilitäts- und Wachstumspakts in Bezug auf nationale Kofinanzierungen für durch den EFSI begünstigte bzw. von der EU kofinanzierte Projekte ist abzulehnen.
- 4. Anders als bisher wird die EU-Kommission die sog. "Investitionsklausel" unabhängig von der im gesamten Euroraum bzw. in der gesamten EU herrschenden Wirtschaftslage anwenden. Damit werden die Möglichkeiten, Investitionen mildernd im Stabilitätsund Wachstumspakt zu berücksichtigen, deutlich ausgeweitet. Der Bayerische Landtag sieht darin die Gefahr einer erheblichen Schwächung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.
- Der Bayerische Landtag sieht die weitreichende Berücksichtigung von Strukturreformen (Strukturreformklausel) in der von der EU-Kommission geplanten Form sehr kritisch, vor allem soweit bereits die Ankündigung von Strukturreformen ausreichend sein soll.
- 6. Der Bayerische Landtag ist der Auffassung, dass die vorgenommenen Präzisierungen hinsichtlich der Konjunkturlage überarbeitet werden müssen. Dabei ist sicherzustellen, dass in Zeiten sehr guter wirtschaftlicher Entwicklung nochmals verstärkte Anpassungsanstrengungen unternommen werden.
- 7. Der Bayerische Landtag hält zudem die von der Kommission am 25. Februar 2015 empfohlene Fristverlängerung für Frankreich zur Reduzierung seines Defizits auf unter 3 Prozent des BIP um weitere zwei Jahre für ein falsches Signal. Dadurch wird die Glaubwürdigkeit des gerade erst reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts erheblich beschädigt. Mangelnde Reformbereitschaft darf nicht noch belohnt werden. Frankreich muss nun konsequent seinen Haushalt konsolidieren und dringend Strukturreformen umsetzen. Die EU-Kommission ist aufgerufen, den weiteren Kurs Frankreichs streng zu überwachen und Verstöße zu sanktionieren.

8. Der Bayerische Landtag weist auch die von der EU-Kommission am 25. Februar 2015 im Rahmen des Verfahrens bei makroökonomischen Ungleichgewichten geäußerte Kritik am Leistungsbilanz-überschuss Deutschlands zurück. Der Überschuss ist Ausdruck der starken Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Die Präsidentin I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltung? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

- Schreiben des Bundesverfassungsgerichts Erster Senat vom 8. Oktober 2015 (1 BvR 354/11) betreffend Verfassungsbeschwerde
 - 1. unmittelbar gegen
 - a) das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 12. August 20102 AZR 593/09 -,
 - b) das Urteil des Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg vom 19. Juni 2009 - 7 Sa 84/08 -,
 - c) das Urteil des Arbeitsgerichts Stuttgart vom 15. Oktober 2008- 14 Ca 7300/07 -,
 - d) die Abmahnung der Stadt Sindelfingen vom 8. August 2007 10.2 St -,
 - 2. mittelbar gegen

§ 7 des Gesetzes über die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege des Landes Baden-Württemberg

PII/G1320.11-0006 Drs. 17/8723 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

2.	Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Oktober 2015 (Vf. 15-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
	der Satzung des Marktes Wiesau über die Veränderungssperre im Bereich des
	aufzustellenden Bebauungsplans "Industriestraße Süd" vom 4. November 2013
	(PII/G1310.15-0009)
	Drs. 17/8722 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. Oktober 2015 (Vf. 66-IX-15) betreffend Vorlage des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr vom 23. Oktober 2015 betreffend Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens "Ja zur 'Legalisierung von Cannabis in Bayern' als Rohstoff, Medizin und Genussmittel"

PII-G1310.15-0010 Drs. 17/8728 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens liegen nicht vor.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		ENTH

Europaangelegenheit

4. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die
Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:
Optimale Nutzung der im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen
Flexibilität

COM(2015) 12 final BR-Drs. 19/15 Drs. 17/5643, 17/8810 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	Α

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayern Barrierefrei 2023 IV – Modellprojekt für kommunale Aktionspläne zur Barrierefreiheit vorstellen Drs. 17/6950, 17/8371 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayern Barrierefrei 2023 VII – Barrierefreie staatliche Internet- und Intranetangebote Drs. 17/6953, 17/8372 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

Anlage 2
zur 57. Vollsitzung am 12. November 2015

7.	Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u.a. SPD, Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Anhörung zur Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus Drs. 17/7133, 17/8633 (A)				
	Kommunale Fragen, Ir	nnere Sicherheit und S	port		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
8.	Antrag der Abgeordne Dr. Christian Magerl u. Bericht über Deponie 0 Drs. 17/7413, 17/8825	a. und Fraktion (BÜNI Odelsham	Ludwig Hartmann, DNIS 90/DIE GRÜNEN	l)	
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
9.	Antrag der Abgeordne Johanna Werner-Muge B 299 – Ortsumfahrun Drs. 17/7415, 17/8737	gendorfer SPD gen Weihmichl und Ne			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				ENTH	
10.	Antrag der Abgeordne Hans-Ulrich Pfaffmann Gleichstellung von Fra Drs. 17/7510, 17/8747	ı u.a. SPD uen und Männern in d		rn!	
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehungel	า	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	Z	ENTH	Z	

11.	Antrag der Abgeordne Annette Karl u.a. SPD Prüfung von Wirkungs Forschungspolitik Drs. 17/7546, 17/8735	analysen bei Maßnah	eorg Rosenthal, men der Innovations- ເ	ınd
	Votum des federführer Wirtschaft und Medier		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
12.	Antrag der Abgeordne Dr. Simone Strohmayı Sachverständigenanh Schülerinnen und Sch im Bereich sozialer un Drs. 17/7642, 17/8808	ru.a. SPD örung zum Thema "Op üler mit sonderpädago d emotionaler Entwick	otimale Bildung für ogischem Förderbedarf	
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
13.	Antrag der Abgeordne Gisela Sengl u.a. und Neue Bezeichnung de Mittelschule der Unter Drs. 17/7651, 17/8809	Fraktion (BÜNDNIS 9 es Faches "Haushalt u richtswirklichkeit anpa	0/DIE GRÜNEN) nd Ernährung" der	
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	Z	Z
14.	u.a. und Fraktion (BÜl	NDNIS 90/DIE GRÜNE ür EU-Arbeitnehmerin rojekts: "Faire Mobilitä	nen und Arbeitnehmer	
	Votum des federführer Bundes- und Europaa		regionale Beziehunge	n
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	团	团	Z
	_	_	_	_

15.	Antrag der Abgeordne Prof. (Univ. Lima) Dr. I Hochschule für angew Konversionsprogramm wirksam unterstützen Drs. 17/7667, 17/8811	Peter Bauer u.a. und F andte Wissenschaften ns in Ansbach für die F	raktion (FREIE WÄHL Ansbach im Rahmen	des
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fi			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
16.	Antrag der Abgeordne Martin Bachhuber u.a. Tourismus in Bayern s für Reiseveranstalter z Drs. 17/7668, 17/8732	CSU stärken und Gewerbest zurücknehmen		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			Z
17.	Dringlichkeitsantrag de Günther Felbinger u.a Perspektiven für Jungl Schulsystem jetzt beg Drs. 17/7678, 17/8691	. und Fraktion (FREIE lehrerinnen und Jungle egnen!	WÄHLER)	
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
18.	Dringlichkeitsantrag de Prof. (Univ. Lima) Dr. I Personelle Aufstockun Drs. 17/7681, 17/8755	Peter Bauer u.a. und F ig der Verwaltungsgeri	raktion (FREIE WÄHL	ER)
	Votum des federführer Verfassung, Recht und			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z		Z

19.	Dringlichkeitsantrag de Dr. Paul Wengert u.a. Zusätzliche Stellen für Bayern zur Bearbeitun Drs. 17/7685, 17/8753	und Fraktion (SPD) Richter und Richterini g von Klagen abgeleh	nen an den Verwaltung	
	Votum des federführer Verfassung, Recht und			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
20.	Antrag der Abgeordne Christine Kamm u.a. u Anhörung zur Umsetzu Drs. 17/7755, 17/8749	nd Fraktion (BÜNDNIS ung fairer Beschaffung	S 90/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführer Bundes- und Europaal		regionale Beziehunger	า
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
21.	Antrag der Abgeordne Hans-Ulrich Pfaffmanr Auswirkungen von tsch Stromnetz und bayeris Drs. 17/7756, 17/8750	n u.a. SPD hechischen Phasenscl sche Stromabnehmer		auf das
	Votum des federführer Bundes- und Europaal		regionale Beziehunger	า
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	团			Z
22.	Antrag der Abgeordne Susann Biedefeld u.a. Stoppschild für Orban- Zuflucht Suchende! Drs. 17/7757, 17/8751	SPD ·Ungarn: Keine Maueri		
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	า
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	
	Die Fraktion der FRE der Abstimmung zug	IEN WÄHLER hat bea runde zu legen.	antragt, das Votum " <i>l</i>	Ablehnung"

 Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD Hochwasserschutz in Ködnitz und Trebgast gewährleisten Drs. 17/7758, 17/8826 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Α

 Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD

Bericht zur Kooperationsvereinbarung von Polizei und privater

Sicherheitswirtschaft

Drs. 17/7761, 17/8634 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD Barrierefreiheit einfach machen II: Bericht über die Planungen der Staatsregierung

Drs. 17/7765, 17/8653 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	团	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD Barrierefreiheit einfach machen IV: Anpassung der Bauordnung Drs. 17/7767, 17/8654 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WAHLER	GRU
A	Z	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Margit Wild, Angelika Weikert u.a. SPD
 Barrioroffreiheit einfach machen VII: Für ochte Barrioroffreiheit

Barrierefreiheit einfach machen VI: Für echte Barrierefreiheit am Arbeitsplatz - Arbeitsstättenverordnung ändern!

Drs. 17/7769, 17/8896 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Anlage 2
zur 57. Vollsitzung am 12. November 2015

	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A	A	
28.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayern barrierefrei für alle! Bericht barrierefreier Tourismus Bayern Drs. 17/7781, 17/8736 (E)				
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		Z		Z	
29.	Antrag der Abgeordnet Gudrun Brendel-Fische Trichinenuntersuchung Drs. 17/7787, 17/8827	er u.a. CSU gsgebühren	ric Beißwenger,		
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
30.	Antrag der Abgeordnet Peter Winter u.a. CSU Urheberrechtswahrneh Nutzervereinigungen s Drs. 17/7823, 17/8734	nmungsgesetz ändern tärken	-		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				ENTH	
31.	Antrag des Abgeordne Ausbau des Mobilfunki Drs. 17/7824, 17/8739	netzes – Funklöcher in		3en	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	

32.	Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Dr. Gerhard Hopp, Judith Gerlach u.a. CSU Aufbau eines Serviceangebots für Vereine zum nachhaltigen Erhalt der Vereinslandschaft Drs. 17/7855, 17/8756 (E)			
	Votum des federführe Verfassung, Recht un			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
33.	Antrag der Abgeordne Horst Arnold u.a. SPD Administrativpetitioner Drs. 17/7881, 17/8757 Votum des federführe	n 7 (A) nden Ausschusses für		endorfer,
	Verfassung, Recht un	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
34.	 Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt u.a. SPD Kooperationsvereinbarung gegen Einbruchskriminalität Drs. 17/7882, 17/8632 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport 			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
35.	 Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD Geschwindigkeitsbegrenzung und LKW-Überholverbot auf der A9 im Bereich zwischen Trockau – Bayreuth mittels eines elektronischen Leitsystems ansta manueller Umschaltung bzw. nur Beschilderung Drs. 17/8036, 17/8738 (E) 			im Bereich ems anstatt
	Votum des federführe Wirtschaft und Medier			d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z		Z

zur 57. Vollsitzung am 12. November 2015

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Internationale Einbruchsbekämpfung Drs. 17/8108, 17/8725 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	团	Z

37. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD

Darknet - Verbrechen ohne Grenzen

Drs. 17/8223, 17/8724 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z